

Werk

Titel: Neue soziale Bewegungen, soziale Frage und Krise der Arbeit: Sozialkritik in der ...

Autor: Peter, Lothar

Ort: Bern

Jahr: 2006

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0021 | LOG_0013

Kontakt/Contact

[Digizeitschriften e.V.](#)
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Lothar Peter
**Neue soziale Bewegungen,
soziale Frage und Krise
der Arbeit: Sozialkritik in der
französischen Soziologie heute
(Teil I)**

NACHDEM die sozial- und gesellschaftskritischen Tendenzen in der französischen Soziologie seit Ende der siebziger Jahre an Einfluss verloren und konkurrierende Paradigmen wie der Postmodernismus oder Rational-Choice-Theorien stärker in den Vordergrund traten, lässt sich seit einigen Jahren wieder eine deutliche Profilierung soziologischer Aktivitäten beobachten, die sich nicht mit dem den gesellschaftlichen Status quo rechtfertigenden Mainstream arrangieren wollen. Zu dieser Entwicklung hat die große Streik- und Protestbewegung im Winter 1995/96 entscheidend beigetragen, ohne dass deshalb allerdings schon von einer Erneuerung der gesellschaftskritischen Soziologie in Frankreich gesprochen werden kann.

Unter »Sozialkritik« wird hier die Auseinandersetzung insbesondere mit Problemen sozialer Spaltung, Ungleichheit, Verelendung, Unterdrückung und Exklusion verstanden, wie sie unter den aktuellen Bedingungen kapitalistischer Modernisierung, Deregulierung und Flexibilisierung sowie einem diesen Bedingungen korrespondierenden »negativen Individualismus« (Robert Castel) zu beobachten ist – also einer Tendenz zur institutionellen Entbettung, sozial-politischen Enteignung und Atomisierung der Lohnabhängigen und anderer sozialer Gruppen. Sozialkritische Analysen werden in einer Perspektive praktischer Veränderung der von ihnen thematisierten Probleme durchgeführt. Sie sind häufig, aber keineswegs immer, mit Befunden und Diagnosen verknüpft, die die Widersprüche, Krisen und Gefährdungen der Gesellschaft als Ganzes betreffen.

Im Folgenden soll exemplarisch gezeigt werden, wie sozialkritisches soziologisches Denken Probleme der gegenwärtigen französischen Gesellschaft reflektiert, welchen Themen es sich zuwendet, wie es methodisch operiert und welche politischen Perspektiven es schließlich aufzeigt. Berücksichtigt werden Beiträge aus den zurückliegenden zehn Jahren.

Neue soziale Bewegungen

Von der Notwendigkeit konkreten sozialen und politischen Handelns mittels gewaltfreien Widerstandes, Protestes, Demonstration und Verweigerung sowie der praktischen Erprobung alternativer Lebens- und Arbeitsformen gehen diejenigen Autoren der sozialkritischen Strömung in den französischen Sozialwissenschaften aus, die sich vorrangig der Thematik der »neuen sozialen Bewegungen« (nouveaux mouvements sociaux) widmen.¹ Die neuen sozialen Bewegungen stellen sich dabei sowohl als bevorzugter Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung als auch als Identifikationsobjekt und Katalysator politischer Erwartungen und Hoffnungen dar.

Wie auch in Deutschland nahmen die neuen sozialen Bewegungen in Frankreich Impulse der Studentenbewegung von 1968 auf, entwickelten aber auch qualitativ neue Orientierungen, Projekte, Aktionsformen und Organisationsmodelle,² die sich sowohl von der traditionellen Arbeiterbewegung als auch von den manchmal utopischen Emanzipationsvorstellungen der antiautoritären Studenten oder dem Dogmatismus ultralinker, meist aus dem studentischen Milieu sich rekrutierender Gruppen unterschieden. Während die Arbeiterkämpfe seit den achtziger Jahren rapide abnahmen, auch wenn es punktuell immer wieder zu massiven Konflikten in einzelnen Branchen und Betrieben kam,³ verlagerten sich die sozialen Kämpfe mehr

1 Einen allgemeinen Überblick gibt Erik Neveu, *Sociologie des mouvements sociaux*, Troisième édition, Paris 2002.

2 Vgl. für die Diskussion in Deutschland unter anderen Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, unter Mitarbeit von Sabine Berthold, Frankfurt/New York 1987, S. 30 ff. Die Transformation der Ideen von 1968 in den Aktionen der neuen sozialen Bewegungen beschreibt Jean-Pierre Le Goff, Mai 68, *L'héritage impossible*. Préface de François Geze, Paris 1998, S. 239 ff.

3 Vgl. zum Beispiel die Darstellung eines von Gewalt begleiteten schweren Arbeitskonflikts bei Lothar Peter, *Die »Affäre Talbot« – Skizze eines Klassenkonflikts*, in: Johannes R. Becker (Hg.), *Das französische Experiment. Linksregierung in Frankreich 1981 bis 1985*, Mitarbeit: Frank Deppe und Lothar Peter, Berlin/Bonn 1985, S. 41–52.

und mehr auf Brennpunkte außerhalb der Betriebe. Innerhalb des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses wiederum haben sich die Auseinandersetzungen deutlich vom Kampf um Löhne und Arbeitsbedingungen zu Aktionen zur Sicherung von Beschäftigung verschoben. Gleichzeitig verlor die nationale Ebene als Bezugsrahmen oder Arena der Arbeitskonflikte zugunsten einzelner Regionen, Betriebe oder Abteilungen an Bedeutung. Während in der fordistischen Phase Massenaktionen häufig von den Führungen der großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der lohnabhängig Beschäftigten initiiert und organisiert wurden, gehen sie heute oft aus begrenzten, nicht vorhersehbaren Anlässen hervor und entwickeln sich ohne organisatorische Führung. Ihre Emergenz vollzieht sich in nicht planmäßigen, einer organisatorischen Steuerung nur schwer zugänglichen Formen, wie Bruno Hérault und Didier Lapeyronnie treffend beschrieben haben: »Die Prozesse der Mobilisierung und Verhandlung sind sehr kontrastreich, je nach ihrem Entstehungsort. Hier kann ein Konflikt infolge des Aushandelns zwischen den Parteien sehr rasch an die Oberfläche treten, sich radikalieren, gewaltsam werden und dann wieder zurückbilden. Im Gegensatz dazu kann dort eine langsame Mobilisierung in friedliche Demonstrationen und Beratungsprozeduren münden, die alle lokalen Partner vereinen. Die Akteure und Anlässe sind unterschiedlich, die Verfahren und Strategien weichen voneinander ab, die Kampffähigkeit ist ungleich.«⁴

Durch die Streik- und Protestbewegung im Winter 1995/96 hat die Soziologie der sozialen Bewegungen neue Anstöße bekommen.⁵ Die Bewegung erreichte teilweise ein Mobilisierungsniveau, wie es seit 1968 nicht mehr gelungen war. Studentische Proteste, Streiks der Eisenbahner (SNCF) und Beschäftigten öffentlicher Verkehrsbetriebe in Paris, Marseille und anderen Städten sowie eine breite Front des Widerstandes gegen den »plan Juppé«, also des damaligen Premierministers, der einen radikalen Abbau sozialer Sicherungssysteme vorsah, flossen zu einer Volksbewegung zusammen, die sich in mehrfacher Hinsicht von früheren Sozialbewegungen und kollektiven Kämpfen unterschied. Es fehlte sowohl die Führung durch große Organisationen als auch eine explizit politische Stoßrichtung und ein gemeinsames programmatisches Projekt, die soziale Basis war heterogen und

4 Bruno Hérault / Didier Lapeyronnie, *Le statut et l'identité. Les conflits sociaux et la protestation collective*, in: Olivier Galland / Yannik Lemel (sous la direction de), *La nouvelle société française. Trente années de mutation*, Paris 1998, S. 181–212.

5 Vgl. Christophe Aguiton / Daniel Bensaïd, *Le retour de la question sociale. Le renouveau des mouvements sociaux en France*, Paris 1997, S. 111 ff.

die Beweggründe der Teilnahme und Sympathie entstammten häufig einem vorpolitischen Raum sozialer Erfahrung. An dieser Bewegung entzündete sich eine kontroverse soziologische Diskussion, in deren Verlauf vor allem zwei gegensätzliche Tendenzen hervortraten. Die erste wurde von Alain Touraine und der mit ihm verbundenen Gruppe um das CADIS (Centre d'Action et d'Intervention Sociologique) an der EHESS (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) repräsentiert. Der zweiten Tendenz sind diejenigen Soziologen zuzurechnen, die, wie unterschiedlich ihre Analysen und Deutungen im Einzelnen auch ausfielen, in der Einschätzung übereinstimmten, dass die Bewegung eine neue Phase sozialer Konflikte eingeläutet hat.

Touraine und seine engsten Mitarbeiter wie François Dubet, Michel Wieviorka, Didier Lapeyronnie und Farhad Khosrokhavar haben fast drei Jahrzehnte lang auf dem Terrain der Soziologie der sozialen Bewegungen unangefochten die Interpretationsherrschaft ausgeübt, auch wenn sich ihr Verständnis sozialer Bewegungen vor allem seit den neunziger Jahren allmählich von der Bedeutung der Kollektivität auf die der Subjektivität verlagert hat.⁶ Mit der Gemeinschaftsstudie »Le grand refus« (Die große Weigerung)⁷ unternahmen Touraine und seine Mitautoren 1996 den Versuch, der Bewegung von 1995 ihre Authentizität als soziale Bewegung abzusprechen, da sie mit ihren Forderungen zwar wichtige Gruppeninteressen vertreten, nicht aber, was für eine soziale Bewegung konstitutiv sei, den sozialen Konflikt mit einem gesellschaftlichen Projekt beantwortet habe: »Hat dieser Streik den Ausdruck von Forderungen begünstigt, die, über Partikularinteressen hinaus, so wichtig sie auch seien, die Orientierung der gesamten Gesellschaft in Frage gestellt haben und zwar nicht, um eine utopische Gegenkultur zu verteidigen, sondern um im Gegenteil gegen einen Feind zu kulturellen Orientierungen aufzurufen, die von der Gesamtheit der Gesellschaft als wesentlich betrachtet werden? Eine so definierte soziale Bewegung verknüpft einen sozialen Konflikt mit einem Projekt gesellschaftlicher Steuerung. Nachdem die Frage so präzisiert worden ist, bin ich gezwungen, eine negative Antwort zu geben. Nein, der Streik vom November–Dezember, so wichtig er gewesen sein mag, war keine soziale Bewegung.«⁸

6 Vgl. Lothar Peter, *Aktionalismus, Akteur und Subjekt: Alain Touraine*, in: Stephan Moebius/Lothar Peter: *Französische Soziologie der Gegenwart*, Konstanz 2004, S. 155 ff.

7 Vgl. Alain Touraine/François Dubet/Didier Lapeyronnie/Farhad Khosrokhavar/Michel Wieviorka, *Le grand refus. Réflexions sur la grève de décembre 1995*, Paris 1996.

8 Alain Touraine, *L'ombre d'un mouvement*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 47.

Dieser Diagnose entsprach die politische Deutung, die Touraine der Bewegung gab. Er empfahl, wenn auch verschlüsselt, eine Lösung des Konflikts, die auf eine Anpassung des Sozialstaats an die Anforderungen des Marktes, eine Absage an die herkömmliche Gleichsetzung von Staat und Nation, eine Einschränkung des öffentlichen Sektors (*secteur public*) und damit des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft sowie auf den Verzicht, »korporatistische Interessen« zu verteidigen, hinausliefen. Wobei mit »korporatistischen Interessen« die gewerkschaftlichen Aktionen zur Sicherung des sozialen Status der Eisenbahner nach dem Eintritt in den Ruhestand gemeint waren.

Die Mitautoren ergänzten Touraines Analyse durch Befunde, die deren Ergebnis im Wesentlichen bestätigten. Farhad Khosrokhavar sprach relativierend von einer »Quasi-Bewegung«,⁹ François Dubet betonte den defensiven, lediglich »Müdigkeit und Entmutigung« ausdrückenden Charakter der Bewegung¹⁰ und Michel Wieviorka wollte in ihr sogar die Gefahr eines Rückfalls in die Zeit des »Programme commun« und des Linksradikalismus der siebziger Jahre entdeckt haben.¹¹ Gleichzeitig wandten sich Touraine und seine Mitautoren gegen jene Intellektuellen, die sich uneingeschränkt mit der Bewegung solidarisierten, sie mit einer grundsätzlichen Kritik an den staatlichen Institutionen und den Zielen der politischen Klasse verknüpften und teilweise die Bewegung als Aufbruch in eine neue Phase sozialer Kämpfe interpretierten.

Der gemeinsam mit Alain Caillé verfassten Studie von Jean Pierre Le Goff »Le Tournant de décembre«¹² attestierten Touraine u. a. zwar, dass sie die Haltung der Intellektuellen realistisch darstelle, hielten ihr aber gleichzeitig vor, mit keinem Wort die Mängel des Systems sozialer Sicherung (*Sécurité sociale*), das Rentensystem und die Probleme der Weltwirtschaft zu erwähnen.¹³ Didier Lapeyronnie diagnostizierte im Verhältnis der Intellektuellen zu der Bewegung einen Gegensatz zwischen so genannten »republikanischen

9 Farhad Khosrokhavar, *Les nouvelles formes de mobilisation sociale*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 198.

10 François Dubet, *Les ruptures de décembre*, in: Alain Touraine (wie Anm. 7), S. 126.

11 Michel Wieviorka, *Le sens d'une lutte*, in: Alain Touraine, *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 295.

12 Vgl. Jean Pierre Le Goff (en collaboration avec Alain Caillé), *Le Tournant de décembre*, Paris 1996.

13 Vgl. Alain Touraine, (wie Anm. 7), S. 86/87.

Intellektuellen« und »Modernisierern«,¹⁴ wobei er keinen Zweifel daran ließ, dass die Gruppe der ersteren sich einer fruchtlosen Nostalgie der Ordnung und einer Art »reaktionärer Gegen-Utopie« verschrieben habe, während sich die »Modernisierer« realistisch der drängenden Probleme des Sozialstaats angenommen hätten. Die Auseinandersetzung zwischen linken »republikanischen Intellektuellen« und »intellektuellen Modernisierern« gipfelte in der Veröffentlichung von zwei Aufrufen (»pétitions«), in denen sich die Polarisierung der Intellektuellen widerspiegelte.¹⁵ In dem Aufruf »Für eine grundlegende Reform der Sozialversicherung« (Pour une réforme de fond de la Sécurité sociale),¹⁶ der von führenden Vertretern der linkskatholischen Zeitschrift »L'Esprit« und der Stiftung Saint-Simon (Fondation Saint-Simon) initiiert worden war, drückten die Unterzeichner ihre Sympathie für ein Reformprojekt der Vorsitzenden der Gewerkschaft CFDT, Nicole Notat, aus und bekundeten darüber hinaus ein gewisses Verständnis für den »Juppé-Plan«, der die Lawine der Protestbewegung ins Rollen gebracht hatte. Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufs gehörten unter anderen der Chefredakteur von »L'Esprit«, Olivier Mongin, der Philosoph Alain Finkielkraut, der Politikwissenschaftler und damalige Sekretär der Fondation Saint-Simon, Pierre Rosanvallon, Jacques Julliard und der Nestor der politischen Philosophie in Frankreich, Claude Lefort. Auch Alain Touraine und andere Mitglieder des CADIS wie François Dubet und Michel Wieviorka schlossen sich dem Aufruf an. Demgegenüber ergriff der »Appell der Intellektuellen zur Unterstützung der Streikenden« (Appel des intellectuels en soutiens aux grévistes),¹⁷ an dessen Entstehung Pierre Bourdieu maßgeblich beteiligt war, unmissverständlich Partei für die Streikenden, indem er zur Verteidigung des Sozialstaats aufforderte und der Idee eines »liberalen Europa« die Idee eines »sozialen und ökologischen Europa« gegenüberstellte. Diesen Appell unterzeichneten neben Pierre Bourdieu unter anderen Etienne Balibar, Jacques Derrida, der Schriftsteller Michel Tournier, der Historiker Pierre Vidal-

14 Didier Lapeyronnie, *Nation, crise politique et conflit social*, in: Alain Touraine et al., *Le grand refus* (wie Anm. 7), S. 192.

15 Julien Duval/Christophe Gaubert/Frédéric Lebaron/Dominique Marchetti/Fabienne Pavis, *Le »décembre« des intellectuels français*, Paris 1998. Die Autoren gehören zum Kreis der Pierre Bourdieu nahestehenden Sozialwissenschaftler. Das Buch erschien in der von Bourdieu initiierten Reihe »Liber-Raisons d'agir«.

16 Der Aufruf ist als Faksimile in Julien Duval et al., *Le »décembre«* (wie Anm. 15) auf S. 18 abgedruckt.

17 Dieser Aufruf ist ebenfalls als Faksimile in Julien Duval et al., *Le »décembre«* (wie Anm. 15) auf S. 19 abgedruckt.

Naquet und der frühere Mitstreiter Che Guevaras und Mitterrand-Berater Regis Debray. Auch zahlreiche renommierte Sozialwissenschaftler wie Luc Boltanski, Laurent Thévenot, Jean Lojkine, Patrick Champagne und Philippe Corcuff unterschrieben diesen Aufruf.

Die Bewertung der Bewegung von 1995 durch Touraine und die CADIS-Gruppe stieß auf Kritik. Zu Recht haben Sophie Béroud, René Mouriaux und Michel Vakaloulis hervorgehoben, dass Touraine, indem er der Bewegung ein bestimmtes Deutungsmuster oktroyierte, nicht in der Lage war, die Tiefe der kollektiven Mobilisierung zu erkennen. Sein Standpunkt sei deshalb letztlich nicht mehr als der polemische Ausdruck einer »reformistischen Vision gesellschaftlicher Gestaltung im Rahmen einer der kapitalistischen Rationalität unterworfenen Ökonomie«. ¹⁸ Auch Bourdieu warf – er erwähnte namentlich einen Artikel von Michel Wieviorka in *Le Monde* – der Gruppe um Touraine vor, sie habe die Bewegung vom Winter 1995 als »rückständig, ja als nationalistisch und sogar rassistisch« ¹⁹ hingestellt und so dieselbe Funktion erfüllt wie diejenigen Journalisten, die jede Kritik von links zum Verstummen bringen wollten, um alle denkbaren Widerstände gegen neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung mit Hilfe der Medien zu unterlaufen.

Diskursanalytisch betrachtet trug die Intervention von Intellektuellen wie Touraine, Dubet und Wieviorka dazu bei, die eigene Botschaft um so wirksamer als progressiv, wagemutig und kreativ in der Öffentlichkeit zu präsentieren, je mehr es gleichzeitig gelang, die mit dem Streik sympathisierenden Intellektuellen ins Zwielficht der »Modernisierungsfeindlichkeit« zu rücken. Das war den Anhängern des Aufrufs »Pour une réforme« nicht zuletzt deshalb möglich, weil sie sich, oft selbst aus der Linken kommend, als besonders geeignet erwiesen, die traditionellen »Tabus« einer sozialstaatlichen Prinzipien verpflichteten Politik zu brechen. Die linke Strömung der Modernisierer, der sich Touraine und andere anschlossen, setzt sich vor allem aus Mitgliedern und Sympathisanten der Sozialistischen Partei, einigen ehemaligen PCF-Mitgliedern und Linksradikalen, insbesondere aber auch Personen zusammen, die sich der Gewerkschaft CFDT verbunden fühlen, denn die Wandlung der CFDT von einer ehemals konfliktorientierten linkskatholisch-

18 Vgl. Sophie Béroud / René Mouriaux / Michel Vakaloulis, *Le Mouvement social en France. Essai de sociologie politique*, Paris 1998. S. 43.

19 Pierre Bourdieu, Rückblick auf die Streiks vom Dezember 1995, in: ders., *Interventionen 1961–2001. Sozialwissenschaft und politisches Handeln*, Hamburg 2004. S. 123.

sozialistischen Gewerkschaft zu einer Organisation, die sich inzwischen immer häufiger aktiv an der Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und der Demontage des Sozialstaats beteiligt, war eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Polarisierung der Intellektuellen im Winter 1995.²⁰

Touraines Deutung der Bewegung als modernitätsfremde perspektivlose »große Verweigerung« war das folgerichtige Ergebnis der Entwicklung seines soziologischen Denkens. Dieses hat sich im Laufe der Zeit immer mehr von der Wahrnehmung antagonistischer gesellschaftlicher Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse entfernt, um schließlich in eine durch politische Rhetorik zwar verschleierte, inhaltlich aber entschiedene Bejahung kapitalistischer Modernisierung einzumünden. Die Bewegung 1995 war das Gegenteil dessen, als was sie Touraine schilderte. Sie war weder »antimodern« und »korporatistisch«, noch fehlte es ihr an Bewusstsein. Ihre spezifische »Modernität« lag vielmehr darin, dass sie eine nicht exogen forcierte Dynamik und ihre eigene prozedurale Logik entfaltete. Dennoch entstand zwischen der Spontaneität der Bewegung und den Gewerkschaften kein Bruch, wie seinerzeit erwartet worden war. Innerhalb der Bewegung erwiesen sich aktive Gewerkschaftsmitglieder als stabilisierender Faktor, was ein Novum war, da sich die bisherige Debatte über das Verhältnis der neuen sozialen Bewegungen zu den Gewerkschaften in einer sterilen Alternative zwischen idealisierter Basisdemokratie einerseits und dem Dogma eines gewerkschaftlichen Führungsanspruchs andererseits festgefahren hatte. Modern war die Bewegung auch deshalb, weil sie zeigte, dass politische Projekte nicht mehr als fertige Problemlösung vorgegeben werden können, die von den Akteuren nur noch nachzuvollziehen sind, sondern sich gleichsam autopoietisch aus den Erfahrungen der Bewegung heraus entwickeln, ehe sie eine bestimmte politische Form annehmen können: »... die Streiks des Herbstes 1995 haben Räume der Demokratie und Beratung geschaffen, in denen Themen, die sonst als Tabu betrachtet werden, ohne Formalismus und hölzerne Sprache diskutiert wurden. Ohne die Komplexität der angesprochenen Phänomene zu verdunkeln, hat die Fähigkeit zur Diskussion die Mobilisierungsprozesse gefestigt und legitimiert. Die allgemeinen Versammlungen der Streikenden waren der Motor dieser neuen deliberativen Rationalität.«²¹

20 Zum Wandel der CFDT seit Ende der siebziger Jahre vgl. Lothar Peter, *Zwischen Reformpolitik und Krise – Gewerkschaften in Frankreich 1980 bis 1985*, Frankfurt am Main 1985, S. 44 ff.

21 Michel Vakaloulis / Jean-Marie Vincent / Pierre Zarka, *Vers un nouvel anticapitalisme. Pour une politique d'émancipation*, Paris 2003, S. 116.

Schließlich wurde die Bewegung im Unterschied zu früheren sozialen und politischen Auseinandersetzungen nicht von einer einzelnen sozialen Klasse oder Klassenfraktion, sondern von einem relativ heterogenen Spektrum sozialer Akteure getragen. Konkurrierende Führungsansprüche, wie sie 1968 einerseits von Intellektuellen, andererseits von Parteien und Gewerkschaften erhoben worden waren, traten im Winter 1995/96 in den Hintergrund.²² In seiner weitgehend deskriptiven Darstellung der sozialen Bewegungen unterstreicht Neveu zutreffend die Ablösung der Klassenbindung in den traditionellen sozialen Bewegungen durch eine Identität der Akteure, die nicht mehr Kriterien der sozialen Lage und ihrer Verortung in der gesellschaftlichen Sozialstruktur entspricht.²³

Fixiert auf die Idee, dass soziale Bewegungen über eine die Gesellschaft als Ganzes betreffenden »Sinn« verfügen müssen, verstellten sich Touraine und die CADIS-Gruppe den Blick für die neuen Eigenschaften der Bewegung von 1995. Vor allem diese Bewegung, aber auch die Entstehung zahlreicher neuer Aktionsgruppen und Vereinigungen außerhalb der etablierten Institutionen und Organisationen gaben dem sozialwissenschaftlichen Interesse am Thema der sozialen Bewegungen seit Mitte der neunziger Jahre einen kräftigen Auftrieb und machten sie gleichzeitig zu einem Gegenstand, an dem sich die Diskussion über gesellschaftliche Alternativen neu entzündete. In dem Maße, wie die traditionelle Gewerkschaftsbewegung ihre führende Rolle verlor, neue Gewerkschaften wie SUD (Solidaire, Unitaire, Démocratique) und FSU (Fédération syndicale unitaire) entstanden²⁴ und sich aus konkreten Erfahrungen der Arbeits- oder Obdachlosigkeit heraus Initiativen wie AC! (Agir ensemble contre le chômage!) und DAL (Droit au logement) entwickelten, die nicht mehr ins politische Koordinatensystem der Auseinandersetzungen der »glorreichen dreißig Jahre« (Trente Glorieuses) der fordistischen Periode passten, gewannen die neuen sozialen Bewegungen insbesondere für die außerhalb der etablierten »Regierungslinken« (gauche gouvernementale) stehenden Sozialwissenschaftler an Attraktivität. Dieser

22 Vgl. zu den Avantgardeambitionen linksradikaler Studenten 1968 beispielsweise Gabriel und Daniel Cohn-Bendit, Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Reinbek 1968.

23 Vgl. Érik Neveu, Sociologie (wie Anm. 1), S. 66 ff.

24 SUD-PTT entstand 1989 aus einer linken Abspaltung von Postbeschäftigten, der CFDT. Die FSU ging aus der Spaltung der Gewerkschaft des Erziehungs- und Bildungswesens FEN hervor. In beiden Fällen handelte es sich um Versuche einer basisdemokratischen Erneuerung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Prozess wurde durch die Wahrnehmung der mit der Globalisierung vorangetriebenen Widersprüche und die Formierung weltweiten Widerstandes durch Organisationen wie ATTAC oder die Weltsozialforen begünstigt. Welche Funktionen und Perspektiven die neuen sozialen Bewegungen haben, wird allerdings im linken sozialwissenschaftlichen Diskurs trotz der nicht geleugneter Sympathien ebenso unterschiedlich wie zurückhaltend beantwortet. Der Akzent der Interpretationen liegt überwiegend auf einer »longue durée« des Widerstandes, auf der Akzeptanz für konkrete, aber oft auch begrenzte Aktionen, die heterogenen sozialen Identitäten der Akteure und die laboratoriumsformigen Erprobungen neuer Aktionsinstrumente und Repräsentationsformen. Auch Autoren, die weiterhin an ihrer antikapitalistischen und revolutionären Grundorientierung festhalten, nehmen zur Kenntnis, dass der binäre Code von Reform und Revolution in den neuen sozialen Bewegungen kaum noch auf Resonanz stößt.

Die in der Bewegung von 1995 neu zutage tretenden Phänomene haben auch dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen kritischer Sozialwissenschaft und sozialen Bewegungen zu reflektieren. So versuchte Lilian Mathieu sich zwar einerseits von der skeptischen Distanz und politischen Abwertung der Bewegung durch die CADIS-Gruppe abzugrenzen, gleichzeitig aber auch den Fehler zu vermeiden, sich blind mit der Bewegung zu identifizieren. In einem Punkt scheinen sich ihre Auffassung und die von Touraine, Dubet und anderen allerdings zu berühren, denn Mathieu sieht die Aufgabe einer Soziologie der sozialen Bewegungen darin, durch die wissenschaftliche Analyse über jene Dynamiken und Handlungslogiken, aber auch Zwänge aufzuklären, die den Protagonisten anderenfalls oft verborgen bleiben.²⁵ Das dürfe jedoch nicht mit einem wie immer gearteten Anspruch einer kritischen Soziologie verwechselt werden, der Praxis der sozialen Bewegungen vorzuschreiben, wie sie sich zu entwickeln habe. Sich auf eine Orientierung an Bourdieu (*perspective d'inspiration bourdieusienne*)²⁶ berufend, schlägt Lilian Mathieu vor, die sozialen Bewegungen als einen »gesellschaftlichen Raum« zu begreifen, der einerseits die Beziehungen zwischen seinen eigenen heterogenen Elementen, andererseits die Beziehung zum »politischen Feld« umfassen solle, um der falschen Alternative von Bewegungsmythologie (*mouvementisme*) und dem »Primat des Politischen« zu entgehen.

25 Vgl. Lilian Mathieu, *Comment lutter? Sociologie et mouvements sociaux*, Paris 2004, S. 191.

26 Ebenda, S. 51.

Die Vielfalt der neuen sozialen Bewegungen ist aber von linken Sozialwissenschaftlern nicht nur als Bereicherung und Indikator für die Entfaltung einer neuen politischen Kultur gerühmt worden, sondern hat auch kritische Einschätzungen hervorgerufen. Letztere begegnen der Heterogenität der sozialen Akteure und Aktionsziele insofern mit Skepsis, als sie zum Beispiel auf das Ausbleiben einer konkreten Solidarisierung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen hingewiesen haben. Entgegen den Intentionen ihrer Begründer konnte zum Beispiel AC! (Agir ensemble contre le chômage!) für seine Aktionen kaum Beschäftigte mobilisieren, weil die sozialen Erfahrungen von Arbeitslosen und Beschäftigten vor allem im öffentlichen Dienst inzwischen so weit voneinander abweichen, dass ein Auseinanderdriften der unmittelbaren Interessen nur schwer vermeidbar erscheint, wie Christophe Aguiton verdeutlicht: »Für einen Beschäftigten im öffentlichen Dienst können Projekte, also auch Zeit, vor dem Horizont des gesamten Lebens geplant werden, für die Adligen und Rentiers überschreitet die Zeit sogar die Lebensdauer, um sich auf die Nachkommen und die Erbschaft zu verlagern. Aber je prekärer die Arbeit wird – und für die Arbeitslosen gilt das noch mehr – desto mehr verkürzt sich die Zeit, um den Tag zu bewältigen, die Zeit der ›Tagelöhner‹, also derjenigen, die von Tag zu Tag leben.«²⁷ Dass das Risiko einer Zersplitterung der neuen sozialen Bewegungen in zahllose, unverbundene oder sogar konkurrierende Aktionen insbesondere von solchen Interpreten benannt wird, die marxistische und antikapitalistische Auffassungen vertreten und sich in entsprechenden politischen Organisationen engagieren, kann nicht verwundern. So hat der Soziologe Samuel Joshua, Mitglied der trotzkistisch inspirierten LCR (Ligue communiste révolutionnaire), die Notwendigkeit einer parteiförmigen Organisation unterstrichen, weil die sozialen Bewegungen für sich genommen nicht in der Lage seien, der politischen Macht des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen eine kohärente, die einzelnen Widerspruchsfelder, Konflikte und Aktionen integrierende Alternative entgegenzusetzen.²⁸ Gewerkschaftliche Bewegungen wie FSU und SUD oder auch international agierende Bewegungen wie ATTAC würden, so das Argument von Joshua, ihre spezifische Wirkung sofort einbüßen, wenn sie sich mit Problemen zu beschäftigen begännen, für die ihnen öffentlich keine Kompetenz zugeschrieben würde.

27 Christophe Aguiton, *Les luttes des années 1990*, in: Michel Vakaloulis (sous la direction de), *Travail salarié et conflit social*, Paris 1999, S. 218.

28 Vgl. Samuel Joshua, *Le parti est une dentellière – Partis et mouvements sociaux*, in: *Penser radicalement à gauche*, *Contretemps*, 11 (Sept. 2004), Paris 2004, S. 60–69.

Eine Partei dagegen könne und müsse jedes relevante Problem aufgreifen, wenn sie die von einer Partei erwartete Aufgabe einer Vereinheitlichung heterogener Interessen und Forderungen erfüllen wolle. Im Vergleich zu den oft elitären Führungsansprüchen der sich als revolutionär verstehenden Organisationen und Gruppen der 68er Periode fällt heute auf, dass auch Anhänger radikaler linker Organisationen wie der LCR das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen nicht mehr nach dem Muster des Transmissionsmechanismus konstruieren, demzufolge Massenorganisationen und soziale Bewegungen nur als verlängerter Arm der politischen Avantgarde dienen und die Beschlüsse einer Parteiführung umzusetzen haben. Joshua beispielsweise hebt ausdrücklich die Unabhängigkeit der sozialen Bewegungen hervor und will nicht ausschließen, dass eine revolutionäre Partei in wichtigen Fragen von den sozialen Bewegungen durchaus lernen könne. Ähnlich behutsam bringt Michel Löwy, Soziologe am CNRS, das Thema des Sozialismus ins Spiel, indem er den Sozialismus als nur eine von mehreren Strömungen im Spektrum der Globalisierungsgegner identifiziert, der aber viele Akteure anderer Strömungen zutrauen, die drei konstitutiven Elemente sozialer Bewegungen, nämlich die »Negativität des Widerstandes«, die »konkreten Vorschläge« und die »Utopie einer anderen Welt« zusammenführen zu können.²⁹

Die parallele Entwicklung sozialer Bewegungen, die sich primär auf Probleme innerhalb der französischen Gesellschaft beziehen, und der transnational ausgerichteten Antiglobalisierungsbewegung ist eine der Ursachen dafür, dass die Thematik der neuen sozialen Bewegungen in der soziologischen Sozial- und Gesellschaftskritik zu einem der wichtigsten Gegenstände avancierte. Demgegenüber ist die Arbeiterbewegung in den Hintergrund getreten, sofern sie nicht selbst wie im Winter 1995 Züge einer neuen sozialen Bewegung angenommen hat. Die kritische Soziologie, die sich mit sozialen Bewegungen befasst, kommt zu dem Ergebnis, dass die moderne Gesellschaft, die als kapitalistisch, bürokratisch, repressiv und naturfeindlich gekennzeichnet wird, aus ihrer inneren Dynamik eine Widersprüchlichkeit hervorbringt, die sich weder in der Sprache systemischer Rationalität noch in der einer Zentralität des Klassegegensatzes angemessen beschreiben lässt. Aus diesem Befund werden dann politische Schlüsse gezogen, die von keinem der bisherigen linken Paradigmen dominiert werden. Es gibt keine Hierarchisierung der Widerspruchsebenen, der Akteure und

²⁹ Vgl. Michael Löwy, *Negativité et utopie du mouvement altermondialiste*, in: *Penser radicalement à gauche* (wie Anm. 28), S. 44–50.

Zielsetzungen mehr. Die Beziehungen zwischen den Akteuren sind durch die Anerkennung wechselseitiger Gleichwertigkeit und Differenz bestimmt und bringen so ein typisch »postmodernes« Moment zum Ausdruck. Traditionellen begrifflichen Entgegensetzungen wie zwischen »Reform« und »Revolution«, »Globalität« und »Lokalität«, »Avantgarde« und »Massen«, »Theorie« und »Praxis« wird eine politische Autorität abgesprochen, um stattdessen dem Prinzip der Äquivalenz und Pluralität im Rahmen weitgefaster Gemeinsamkeiten, wie sie beispielsweise Michel Löwy genannt hat, zur Anerkennung zu verhelfen. Damit entfernt sich die sozialkritische Soziologie der neuen sozialen Bewegungen von Denkschemata, die zu Vereinfachungen und autoritären Versionen der sozialen Beziehungen und Interaktionsformen dieser Bewegungen geführt hatten.

Neben der Reflexion der veränderten Formen gesellschaftlicher Widersprüche und Umbrüche in der Klassenstruktur, dem wachsenden sozialen und kulturellen Gefälle zwischen großstädtischen Zentren und Peripherie, der Ausdifferenzierung ethnischer, kultureller und sexueller Identitätsbedürfnisse als Triebkräfte und Arenen sozialer Konflikte und Bewegungen, die weniger grobkörnige Einsichten in ihre Ursachen und symbolische Tragweite verlangen als die in der Vergangenheit oft bemühten Erklärungsformeln (etwa der »Kleinbürgerlichkeit«), weist aber auch die links zu verortende Sozialkritik einige Probleme auf, die der Kompliziertheit des Phänomens der neuen sozialen Bewegungen geschuldet sind. Die Vielschichtigkeit dieser Bewegungen macht es schwer, ihre Akteure sozialstrukturell zuzuordnen und den »gesellschaftlichen Sinn« ihrer Aktionen zu entschlüsseln, zumal die Koordinaten der Klassenstruktur des fordistischen Kapitalismus und seiner Interessenregulierung selbst ins Rutschen gekommen sind. Es ist offensichtlich gegenwärtig noch zu früh, die konkreten Analysen sozialer Konflikte und Bewegungen in einen gesellschaftstheoretisch konsistenten Zusammenhang stellen zu können. Die – durchaus nachvollziehbare – Befürchtung, in alte Dogmen und Zuschreibungen zurückzufallen, spiegelt sich in der Zurückhaltung wider, zwischen neuen sozialen Bewegungen und Kapitalismusedwicklung eine systematische Verknüpfung herzustellen. Zwar gibt es immer wieder Verweise auf Berührungspunkte zwischen den sozialen Bewegungen und antikapitalistischen Optionen gesellschaftlicher Veränderung,³⁰ aber entsprechende Hinweise sind vorerst eher sporadisch.

30 Vgl. zum Beispiel Michel Vakaloulis et al., *Vers un nouvel anticapitalisme* (wie Anm. 21), S. 106 ff.

Soziale Frage und soziale Exklusion

In den achtziger Jahren war die französische Gesellschaft einem tiefgreifenden sozialen Wandel unterworfen. Industrielle Strukturkrisen, der Übergang zu einer postfordistischen Produktionsweise, eine enorme Ausweitung des Dienstleistungssektors, die Erosion der traditionellen Arbeiterklasse, Flexibilisierung der Arbeit und das rasche Vordringen neuer Kommunikations- und Informationstechnologien entzogen den gewohnten Deutungsmustern und Handlungslogiken sozialer Kämpfe die Grundlage.³¹

Diese Umbrüche bildeten die entscheidende strukturelle Ursache für die dann massiv einsetzende Krise der Arbeiterbewegung als Protagonist sozialen Fortschritts, wie er durch die Errungenschaften der Volksfront, der Résistance, der Nationalisierungsbewegung nach 1945 und der Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen nach 1968 geprägt worden war. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse ihren kollektiven Sozialcharakter verlor, gleichzeitig aber die »Entwaffnung« (Boltanski/Chiapello) der Arbeiterbewegung es der herrschenden Klasse erlaubte, zum Angriff auf den sozialen Status der Lohnabhängigen überzugehen, die Deregulierung zu forcieren und die Spaltung der Erwerbsbevölkerung in so genannte »Arbeitsplatzbesitzer« und Arbeitslose zu vertiefen, entstanden gleichzeitig soziale Gruppen, die vollständig aus dem ihnen vertrauten sozialen Milieu, ihren Beziehungsnetzen und ihrem Lebensrhythmus herausgedrängt und vom Zugang zu kollektiven und privaten Gütern ausgeschlossen wurden. Die relative Homogenität einer Arbeiterklasse, die in den vorangegangenen Perioden auch die Arbeitslosen integriert hatte, zerfiel, um einer tief zerklüfteten Sozialstruktur zu weichen, die einerseits durch einen immer weiter gespannten Bogen sozialer Ausdifferenzierung, andererseits durch scharfe Kontraste und Brüche auch innerhalb der sozialen Unterklassen selbst gekennzeichnet wurde.

Die so entstehenden gesellschaftlichen Probleme wurden öffentlich unter Stichwörtern wie »neue soziale Frage« (*nouvelle question sociale*), »soziale Exklusion« (*exclusion sociale*) und »neue Armut« (*nouvelle pauvreté*) auf-

31 Vgl. beispielsweise Jacques Julliard et al., *Crise et avenir de la classe ouvrière*, Paris 1979; Michel Verret, *L'ouvrier français. Le travail ouvrier*, Paris 1982; Alain Touraine/Michel Wieviorka/François Dubet, *Le mouvement ouvrier*, Paris 1984; Pierre Rosanvallon, *La question syndicale*, Paris 1988; Jean Lojkine, *La classe ouvrière en mutations*, Paris 1986; Lothar Peter, Zur soziologischen Diskussion über Arbeiterklasse und Arbeit in Frankreich. Krise des Taylorismus, neue Polyvalenz und soziale Identität der Arbeiterklasse, in: *Lendemains* 57 (1990), S. 118–132.

gegriffen und in der Soziologie eingehend untersucht. Die »linken« Positionen in diesem Diskurs unterscheiden sich vom Mainstream unter anderem in folgenden Punkten: *Erstens* widersetzen sie sich der ideologischen Stigmatisierung der (noch) Beschäftigten, namentlich der Arbeiter und Angestellten im Staatssektor, als einer parasitären und korporatistischen Arbeiteraristokratie. *Zweitens* rufen sie die inzwischen weitgehend verdrängte Tatsache ins Bewusstsein, dass die industrielle Arbeiterschaft trotz der modernen Mythen von »Ende der Arbeit«³² weiterhin existiert und noch immer eine der größten Gruppen der Erwerbsbevölkerung umfasst – Ende der neunziger Jahre zählte die offizielle staatliche Statistik insgesamt sieben Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen³³ – auch wenn sie inzwischen vom Wachstum der Angestelltenschaft überflügelt wurde. *Drittens* schärft sie die Aufmerksamkeit für die Probleme sozialer Exklusion und Integration, indem sie erstere nicht als sozialdarwinistische Schicksalhaftigkeit akzeptiert und letztere nicht von den Erfordernissen einer arbeitsplatzschaffenden, statt Arbeitsplätze vernichtenden Beschäftigungs- und Sozialpolitik trennt.

Dennoch ist der sozialkritische Approach an Problemen der Verarmung und sozialen Exklusion keineswegs einheitlich. So sieht Serge Paugam, einer der führenden Soziologen auf diesem Gebiet, die Funktion der Kritik ausdrücklich nicht in einer Verknüpfung der wissenschaftlichen Analyse mit einer normativen Orientierung und Parteinahme, sondern vornehmlich in der Dekonstruktion sozialwissenschaftlicher Annahmen und Postulate, die zwar auf ihren Status der Wissenschaftlichkeit pochten, aber letztlich nicht mehr seien als eine Reproduktion gesellschaftlicher Vorurteile und Common-sense-Stereotype: »Das größte Problem für Wissenschaftler in diesem

32 Einen Einblick in unterschiedliche Standpunkte zum Thema »Ende der Arbeit« vermittelt: La Revue du M. A. U. S. S., N° 18 (2001): Travailler, est-il (bien) naturel? Le travail après la »fin du travail«. M. A. U. S. S. ist eine Abkürzung für »Mouvement anti-utilitariste dans les sciences sociales«. Es handelt sich um eine Gruppierung von Sozialwissenschaftlern, die 1981 eine gleichnamige Zeitschrift gegründet hat und die sich dem Erbe des Denkens von Marcel Mauss und der Kritik am (neoliberalen) Individualismus verpflichtet fühlt (vgl. dazu zahlreiche Beiträge und Interviews in: Stephan Moebius / Christian Papilloud (Hg.), Gift – Marcel Mauss' Kulturtheorie der Gabe, Wiesbaden 2005). Zwischen den Zielen der M.A.U.S.S.-Gruppierung und soziologischer Sozialkritik gibt es Berührungspunkte, auch wenn die Grundpositionen der M.A.U.S.S. eher einem gemäßigt reformerischen linken Spektrum zuzuordnen sind. Repräsentanten von M.A.U.S.S. sind u. a. Alain Caillé, Jacques Godbout und Serge Latouche.

33 Yves Crozet / Dominique Bolliet / François Faure / Jean Fleury, Les Grandes Questions de la société française, Paris 2000, S. 165.

Bereich besteht in der Formulierung einer Forschungsfrage, die sich in gewisser Weise von den Denkmustern der gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatte entfernt (denn Wissenschaft muss sich zur Bildung eines begrifflichen Rahmens von ihrem jeweiligen Gegenstand distanzieren), jedoch gleichzeitig eine Diskussion anregt.³⁴ Ausgehend von drei Behauptungen, die den öffentlichen Umgang mit Armut und Exklusion beherrschen, versucht Paugam ein Konzept zu entwickeln, das die Vereinfachungen und Fehlorientierungen in gängigen Definitionen und Deutungen dekonstruieren und zu einem differenzierteren Verständnis der Probleme vorstoßen soll. Die erste der drei von Paugam festgestellten und kritisierten Behauptungen sieht die Gesellschaft in zwei soziale Klassen gespalten, nämlich in diejenigen, die »dazugehören« und diejenigen, die »ausgeschlossen« sind. Die zweite Behauptung suggeriert, dass Exklusion heute jeden Menschen gleichermaßen treffen könne. Die dritte Behauptung will eine Ghettoisierung der Vorstädte in Frankreich entdeckt haben, die sich von der in den USA nicht mehr unterscheidet. Gegen die erste Behauptung wendet Paugam ein, dass das Bild zweier polarer Klassen mit der empirischen Heterogenität der sozialen Unterschichten nicht übereinstimme und auf einem »klassenspezifischen Ethnozentrismus« beruhe, der für das anfällig sei, was die eigene soziale Lage von der anderer Schichten unterscheidet, um ein tiefsitzendes Abgrenzungsbedürfnis zu befriedigen. Die zweite Behauptung stehe im Widerspruch zu der empirischen Tatsache, dass, obwohl die diversen Formen sozialer Risikoanfälligkeit in Frankreich relativ breit gestreut seien, nicht alle Personen und sozialen Gruppen in der gleichen Weise von einer Kumulation sozialer Benachteiligungen betroffen seien. Die dritte Behauptung (Ghettoisierung wie in den USA) weist er zurück, indem er die Unterschiede zwischen den sozialen und ethnischen Ghettos in den USA einerseits und den französischen Banlieues und Problemvierteln andererseits hervorhebt und vor einer Gleichsetzung als einem fatalen Schritt zur »institutionalisierten Stigmatisierung« der Bewohner der entsprechenden Stadtteile französischer Großstädte warnt. Es sei ein grundlegender Irrtum und politisch wenig hilfreich, die »Ausgeschlossenen« als monolithische Einheit der übrigen Gesellschaft gegenüberzustellen. Stattdessen sei es erforderlich, ein wissenschaftliches Verständnis von Armut und Exklusion zu entwickeln, das weder zu statisti-

34 Serge Paugam, Armut und soziale Exklusion. Eine soziologische Perspektive, in: Hartmut Häußermann / Martin Kronauer / Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte: Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt/M. 2004, S. 71.

schen Artefakten greife noch sich von alltagsweltlichen Vorstellungen abhängig mache. Paugam plädiert also für eine sowohl an Durkheim als auch Bourdieu erinnernde methodische Trennung von gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Begriffsbildung, ohne allerdings die Fruchtbarkeit statistischer Messung zu verneinen. Die Besonderheit bei Paugam besteht in einem konstruktivistischen Ansatz, der die Kontextabhängigkeit der Begriffe von Armut und Exklusion berücksichtigt und so ihre essentialistische Reifizierung verhindert. Für eine »soziologische Perspektive« der beiden Begriffe sei der »institutionelle Aufbau der Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt«³⁵ wichtig, denn Armut und Exklusion seien kein statisches, zeitunabhängiges Phänomen. Was sie tatsächlich seien, werde auch davon beeinflusst, welche Bedeutung und welchen Sinn die Gesellschaft in einer spezifischen Situation bestimmten sozialen Indikatoren wie etwa dem Lebensstandard zuschreibe. Deshalb richtet Paugam seine Aufmerksamkeit nicht auf eine vermeintlich »objektive« Erfassung von Armut und Exklusion, sondern auf den »gesellschaftlichen Umgang« mit ihnen. Er bildet drei Idealtypen dieses Umgangs: die »integrierte«, die »marginale« und die »ausschließende« Armut. Er ordnet diese Idealtypen dann vergleichend unterschiedlichen europäischen Gesellschaften zu. Während die »integrierte Armut« typisch für vormoderne Gesellschaften sei, finde sich »marginale Armut«, also die hochgradige Stigmatisierung einer noch relativ kleinen Gruppe von Armen bei gleichzeitiger wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge in Ländern wie Deutschland und »ausschließende Armut«, also die Existenz einer großen, aber heterogenen Gruppe Betroffener unter den Bedingungen einer anhaltenden Arbeitsmarktmisere, in Ländern wie Großbritannien und Frankreich. Paugam zieht aus seiner Analyse den Schluss, dass die Soziologie nicht in die Rolle des Erlösers vom Schicksal der Armut und Exklusion schlüpfen, sondern sich darauf konzentrieren solle, »eine Erklärung des gesellschaftlichen Umgangs mit den ›Armen‹ und ›Ausgeschlossenen‹ zu finden.«³⁶ Es sei dann Aufgabe der Politik, Lehren aus den soziologischen Informationen zu ziehen. Paugam sieht also die kritische Funktion der Soziologie primär in einer Aufklärung der Gesellschaft über ihren eigenen Umgang mit sozialen Problemen und nicht im Unterbreiten von »Lösungsvorschlägen«, auch wenn er ökonomische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der besonders Benachteiligten für notwendig hält. Dennoch ist das sozialkritische Selbstverständnis

35 Ebenda, S. 79.

36 Ebenda, S. 95.

Paugams unverkennbar: er sieht in der sozialwissenschaftlichen Forschung ein wichtiges Mittel, um eine Politik zu legitimieren, die es nicht bei Oberflächenkosmetik belässt, sondern eine das gesellschaftliche Handeln selbst verändernde Richtung einschlägt.

Auch die Gemeinschaftsstudie »Das Elend der Welt« von Pierre Bourdieu und anderen,³⁷ die trotz ihres enormen Umfangs in zehntausenden von Exemplaren verkauft wurde und weit über die Grenzen Frankreichs hinaus Beachtung fand, verzichtet auf unmittelbare Vorschläge zur Lösung der Probleme von Menschen, die mit der Welt der »new economy«, shopping malls, Schönheitsfarmen und Börsengänge nicht mehr Schritt halten können, an den Rand gedrängt werden oder schließlich aus der Gesellschaft ganz herausfallen oder Menschen, die dauerhaft mit den Marginalisierten konfrontiert sind und so teilweise selbst in Situationen von Marginalisierung geraten.

»Elend der Welt« will sich an der Maxime Spinozas orientieren: »Nicht bemitleiden, nicht auslachen, nicht verabscheuen, sondern verstehen.«³⁸ Die Studie umfasst qualitative Interviews mit Jugendlichen aus »sozialen Brennpunkten« und Immigrantenquartieren, Landwirten, deren Höfe keine Zukunft haben, mit Lehrern an Schulen in schwierigen Stadtteilen (zone à urbaniser en priorité = ZUP), Sozialarbeitern, die im Niemandsland des zerfallenden Sozialstaats auf sich allein gestellt sind, Arbeiterhepaaren, die durch Invalidität und Arbeitslosigkeit am Rand des Ruins stehen, einer Sortiererin in einem Postzentrum, die immer bei künstlichem Licht arbeiten muss und anderen, die alle das gemeinsame Schicksal teilen, dass die Gesellschaft sie abgeschrieben hat. Methodisch geht die Untersuchung einen Weg, der die Objektivierung der Position der Forschenden mit dem Verstehen (comprendre) dessen, was die Befragten mitteilen, verknüpft. Objektivierung meint hierbei eine selbstkritische Reflexion der Forschenden hinsichtlich der Risiken symbolischer Gewalt, die in der Interviewsituation dann entstehen können, wenn die »Effekte der gesellschaftlichen Struktur«, die auf die empirische Feldarbeit ausstrahlen, nicht wahrgenommen werden. Ein Risiko symbolischer Gewalt ist aber auch gegeben, wenn die Forschenden den positivistischen Mythos »objektiver« Wissenschaft verinnerlichen und vergessen, die »symbolische Gewalt, die durch die Interviewbeziehung

37 Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997.

38 Pierre Bourdieu, An den Leser, in: Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt (wie Anm. 37), S. 13.

zur Ausübung kommen kann, so weit wie irgend möglich zu reduzieren«. ³⁹ Das Ergebnis des methodischen Vorgehens Bourdieus besteht in der Entwicklung einer »gewaltfreien Kommunikation«, die sowohl eine systematische Bereitschaft, die Interviewten zu verstehen, indem die Forschenden deren Standpunkt und Erfahrungsperspektive gewissenhaft rekonstruieren, als auch eine systematische »Selbstanalyse« der Forschenden einschließt, die einer »Demokratisierung der hermeneutischen Haltung« dient. Das kritische Potential von »Elend der Welt« beschränkt sich aber weder auf die Wahl des Gegenstandes noch die Inhalte der Interviews, die den Blick für die Tatsache sensibilisieren, dass die Grenzen zwischen einer relativ sicher erscheinenden Lebenssituation und dem Abgleiten in Armut, soziale Isolierung und Hoffnungslosigkeit keineswegs stabil sind, sondern äußert sich auch unmittelbar in den Kommentaren der Forschungsgruppe, die die Interviews ergänzen. Dabei fällt bei Bourdieu selbst eine gewisse Positionsverlagerung in der Bewertung des Staates auf. Hatte er zum Beispiel in »Der Staatsadel« (1989) ⁴⁰ den Staat noch hauptsächlich als Organisator der durch die »grandes écoles«, also die Elitehochschulen, vermittelten Eliterekrutierung für staatliche und privatwirtschaftliche Schlüsselpositionen mit Skepsis betrachtet, so begann er seit den neunziger Jahren in dem Maße, wie der Sozialstaat politisch unter Druck gesetzt wurde, zwischen den Herrschaftsfunktionen des Staates einerseits und der staatlichen Gewährleistung sozialer Mindeststandards andererseits nachdrücklich zu unterscheiden. Im Blick auf die jeweiligen Akteure sprach er nun anschaulich von der »rechten« und der »linken Hand« des Staates, wobei im ersten Fall die Beamten und Manager in staatlichen Spitzenpositionen und im zweiten Fall die Angehörigen von Berufsgruppen gemeint waren, die – wie etwa »street worker« oder Berufsschullehrer – zwar im staatlichen Auftrag, aber ohne die erforderliche materielle Ausstattung und soziale Anerkennung am unteren Rand der Gesellschaft unter schwierigsten Bedingungen zu arbeiten gezwungen sind. Die aus der eigenen Empirie gewonnene Differenzierung des Staatsverständnisses bestärkte Bourdieu in seinem Engagement für eine Verteidigung des Sozialstaats gegen den immer massiveren Druck einer neoliberalen Deregulierungspolitik. ⁴¹ Aber Bourdieus Eintreten für einen funktionsfähigen Wohlfahrts-

39 Pierre Bourdieu, Verstehen, in: Pierre Bourdieu et al., Das Elend der Welt (wie Anm. 37), S. 782.

40 Pierre Bourdieu, Der Staatsadel, Konstanz 2004 (frz. 1989).

41 Vgl. Pierre Bourdieu, Das Elend des Staates – der Staat des Elends, in: Pierre Bourdieu, Interventionen 1961–2001, Band 3 und 4, Hamburg 2002, S. 27–37.

staat war nur ein, wenn auch sehr wichtiges Moment seines öffentlichen Engagements gegen das »Elend der Welt«, das er in seinen unterschiedlichsten, von sozialer Verelendung über die symbolische Gewalt der Medien⁴² bis zur Diskriminierung von Homosexuellen reichenden Erscheinungsformen zu bekämpfen versuchte. Die von ihm geübte Sozialkritik wurde allerdings stets bewusst vom Standpunkt eines Intellektuellen aus vorgetragen, der sich des Unterschiedes zwischen intellektueller Intervention und der Tätigkeit von Politikern bewusst bleiben wollte, um nicht jenen »Doxa« zu erliegen, die mit den Machtspielen der Akteure auf dem politischen Feld unvermeidlich verbunden sind. Noch kurz vor seinem Tod hat Bourdieu in einem Beitrag zu Ehren von Michel Foucault an diesen Unterschied erinnert, als er den Intellektuellen wie folgt charakterisierte: »Jemand, der in der politischen Welt interveniert, ohne aber ein Politiker zu werden, der nicht nur aufgrund seiner Zugehörigkeit zur wissenschaftlichen oder literarischen Welt über Kompetenz und Autorität verfügt, sondern auch aufgrund von Werten, die in die Ausübung seiner Profession eingeschrieben sind, wie die Werte von Wahrheit und Uneigennutz.«⁴³

Die durch die Krise des Sozialstaats hervorgerufene soziale Desintegration und die durch Deregulierung des sozialen Status von Lohnarbeit freigesetzten Zentrifugalkräfte gesellschaftlicher Erosion sind auch das zentrale Thema von Robert Castel. Sein Standpunkt ähnelt weitaus mehr dem Bourdieus als der eher defensiv-kritischen Haltung von Serge Paugam oder anderer Armut- und Exklusionsforscher wie Daniel Cohen⁴⁴ oder Dominique Schnapper.⁴⁵ Analyse, Kritik und Parteilichkeit fallen bei Castel weder auseinander noch werden sie getrennten Dimensionen der wissenschaftlichen Tätigkeit zugeordnet. Im Gegenteil, Castel versteht sich ausdrücklich als Soziologe, dessen Arbeit sowohl auf gesellschaftliche Bedürfnisse und Erfordernisse (*demande sociale*) antwortet als auch unmissverständlich für diejenigen Partei ergreift, denen, wie es im Motto zu seinem großen Werk »Die Metarmorphosen der sozialen Frage«⁴⁶ heißt, »gestern wie heute eine

42 Vgl. Pierre Bourdieu, *Über das Fernsehen*, Frankfurt/M. 1998.

43 Pierre Bourdieu, Eine wirklich kritische Haltung aufbauen, in: Pierre Bourdieu, *Interventionen* (wie Anm. 41), S. 275.

44 Vgl. Daniel Cohen, *Richesse du monde, pauvretés des nations*, Paris 1997.

45 Vgl. Dominique Schnapper, *Intégration et exclusion dans les sociétés modernes*, in: Serge Paugam (sous la direction de), *L'exclusion, l'état des savoirs*, Paris 1996, S. 23–31.

46 Robert Castel, *Die Metarmorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000.

bessere Zukunft versagt blieb«. Sich gegen einen »soziologischen Puritanismus« abgrenzend, der in den Sozialwissenschaften die Funktion des »l'art pour l'art« erfülle, bekennt sich Castel als Gegner des Postulats wissenschaftlicher Wertfreiheit und als »Parteigänger« (position partisane)⁴⁷ im Kampf gegen einen »Ultraliberalismus«. Der Ultraliberalismus sei seinerseits keineswegs »wertfrei«, sondern seine normative Logik werfe erneut die »soziale Frage« auf und drohe die Werte einer »organischen Solidarität«, wie Castel in Anspielung auf Durkheim schreibt, zu eliminieren. Das sozialkritische Leitmotiv der »Metamorphosen« besteht darin, die »Geschichte der Lohnarbeit« von ihren mittelalterlichen vormundschaftlichen Beschränkungen über die Stufe individualistischer bürgerlicher Vertragsförmigkeit (Arbeitsvertrag) bis zum »sozialen Status« gesetzlich geschützter und normativ anerkannter Lohnarbeit als Prozess der allmählichen Durchsetzung zivilisatorischer Standards soziologisch-historisch zu rekonstruieren und die gegenwärtig sich vollziehende Regression dieses Status als eine »neue Etappe einer anthropologischen Geschichte der Lohnarbeit«⁴⁸ mit katastrophalen gesellschaftlichen Folgen zu beschreiben. Soziologisch kennzeichnet Castel den jetzt durch Deregulierung und Prekarisierung von Lohnarbeit hervorgerufenen Prozess als »negativen Individualismus«, der sich nicht nur in exzessivem Subjektivismus äußert, sondern auch durch das Wegbrechen eines sozial integrierenden Rahmens in Erscheinung tritt.⁴⁹ Theoriegeschichtlich stellt sich Castel in die Tradition Durkheims und seines Verständnisses gesellschaftlicher Integration, die in modernen Gesellschaften die durch Arbeitsteilung fundierte Form »organischer Solidarität« annimmt. Allerdings löst Castel, wie Martin Kronauer gezeigt hat, die Durkheimsche Vorstellung sozialer Integration von ihren biologistischen Konnotationen und bestimmt soziale Kohärenz »genuin historisch-soziologisch«,⁵⁰ ohne jedoch die von Durkheim als konstitutiv betrachtete soziale Interdependenz der Individuen als Voraussetzung gesellschaftlicher Solidarität zu vernachlässigen. Sie behält in der Untersuchung von Castel ihren zentralen Stellenwert, wie die im Folgenden skizzierte Begrifflichkeit belegt.

47 Robert Castel, *La sociologie et la réponse à la demande sociale*, in: Bernard Lahire (Hg.), *À quoi sert la sociologie?*, Paris 2002, S. 76.

48 Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage* (wie Anm. 46), S. 336.

49 Ebenda, S. 407.

50 Martin Kronauer, *Soziologie der sozialen Frage: Robert Castel*, in: Stephan Moebius/Lothar Peter (Hg.), *Französische Soziologie* (wie Anm. 6), S. 454.

Castel unterscheidet mehrere »Zonen« der durch den Lohnarbeitsstatus bestimmten Beziehungen der Individuen zur Gesellschaft, die gegenwärtig einer allgemeinen Destabilisierung des Sozialstaats ausgesetzt sind: »... die Zone der Integration, die Zone der Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion oder vielmehr der Entkoppelung.«⁵¹

Wichtig an dieser Differenzierung ist sowohl, dass sie die Vorstellung eines starren Gegensatzes zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit korrigiert, indem sie die Übergänge von der einen zur anderen Zone als fließend beschreibt, als auch, dass der Prozess nicht nur in einer Richtung, also vom Zentrum der Gesellschaft zur Peripherie, sondern auch umgekehrt verläuft. Es handelt sich also um einen reziproken Prozess, ja um eine Art gegenseitiger sozialer Infektion, die Castel in Anlehnung an die Formulierung eines Priesters aus der Mitte des 19. Jahrhunderts als »Wundbrand« des Neopauperismus bezeichnet. Castel kommt zu der Erkenntnis, dass die Folgen der Prekarisierung des Lohnarbeitsstatus mit seinem Normalarbeitsverhältnis und seiner institutionellen Einbettung nicht nur auf die unmittelbar Betroffenen beschränkt sind, sondern auch »die Destabilisierung über einen Bumerang-Effekt von der Peripherie ins Herz [...] tragen.«⁵² Es gelingt ihm in eindrucksvoller Weise, hinter den Vorgängen der Prekarisierung und Entkoppelung mehr als nur sozialökonomische Verschlechterungen sichtbar zu machen. Der soziale Status der Lohnarbeit bzw. die unterschiedlichen Formen seines Verlustes verweisen auf eine qualitative Dimension der durch Lohnarbeit konstituierten sozialen Beziehungen. In diesem spezifischen, an Durkheim erinnernden Sinn ist Lohnarbeit für die abhängig Beschäftigten das entscheidende Bindeglied zwischen Individuen und Gesellschaft insofern, als es sozialen Schutz und Solidarität nicht almosenhaft gewährt, sondern ein Anrecht der Individuen und eine Verpflichtung der Gesellschaft ihnen gegenüber beinhaltet. Castel warnt davor, für die Lohnarbeitsgesellschaft, zu der es bisher keine überzeugende Alternative gebe, vorschnell eine »Todesanzeige« aufzugeben und fordert stattdessen auf, über eine Rekonstruktion des Sozialstaats nachzudenken, da nur der Staat in der Lage sei, »eine Brücke zwischen den beiden Polen des Individualismus zu schlagen (des positiven und negativen Individualismus, Anm. L.P.) und der Gesellschaft ein Minimum an Zusammenhalt aufzunötigen.«⁵³

51 Robert Castel, *Die Metamorphosen der sozialen Frage* (wie Anm. 46), S. 360/361.

52 Ebenda, S. 385.

53 Ebenda, S. 412.

So sehr dem Plädoyer Castels für die Verteidigung des sozialen Status der Lohnarbeit als zivilisatorischer, die herrschenden Klassen und ihre Eliten mäßigender Errungenschaft zuzustimmen ist und so sehr seine Untersuchung davon überzeugt, dass man die Geschichte der Lohnarbeit nicht nur unter dem Aspekt eines Verelendungsdiskurses lesen darf, so deutlich muss aber gleichzeitig auf einige Defizite bei Castel hingewiesen werden. Sie bestehen darin, dass Castel nur eine Seite, nämlich die einer regulativen Stabilisierung des sozialen Status der Lohnarbeiter betrachtet, nicht aber den kapitalistischen Arbeitsprozess selbst und die mit ihm verbundenen Widersprüche und Kämpfe berücksichtigt. Dass trotz der historischen Errungenschaften durch das System der Arbeitsbeziehungen und sozialen Sicherungen auch die sozial »integrierte« Arbeit fremdbestimmte, permanent vom zyklischen Wechsel zwischen Konjunktur und Krise bedrohte, also durch ihren Warencharakter determinierte Arbeit bleibt, gerät bei Castel nahezu vollständig aus dem Blick. Selbst die »Trente Glorieuses« zwischen 1950 und 1980, die Castel für exemplarisch hinsichtlich der »Konsolidierung des Lohnarbeiterstatus« betrachtet, waren durch Ausbeutung, tayloristische Arbeitsbedingungen und kollektiven Widerstand der Arbeiter gegen das Regime ihrer »patrons« geprägt.⁵⁴ Damit wird eine weitere Schwäche in der Untersuchung von Castel, nämlich die Abwesenheit der Lohnarbeiter als mit sozialer Erfahrung, Bedürfnissen und Werten ausgestattete handelnde Subjekte berührt. Nichtsdestoweniger ist der sozialkritische Impetus bei Castel unverkennbar. Auch wenn er einen langen Weg durch die Geschichte macht, geht es ihm um die Gegenwart und die in dieser Gegenwart auftretenden elementaren gesellschaftlichen Probleme. Den in unendlich mühsamen Kämpfen errungenen Status quo verteidigt er gegen die postmoderne Neigung, die »Arbeitsgesellschaft« für obsolet zu erklären, um so, ob willentlich oder nicht, die Arbeitslosen und »Entkoppelten« ihrem Schicksal zu überlassen: »Als Soziologe geht es mir um ein Verständnis dessen, was heute vorgeht. Selbst wenn ich große Umwege in die Vergangenheit mache, soll dies einer Geschichte der Gegenwart dienen [...] Auch wenn das Antizipieren langfristiger Entwicklungen als Zeichen überlegener Intelligenz gewertet wird, sollten wir uns nicht einfach über den aktuellen Preis der Bedeutungsminderung der Arbeit hinwegsetzen, zumal diejenigen, die ihn am

54 Vgl. Lothar Peter, Sozialkritik ohne Kapitalismuskritik? Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 14 (2003), 55, S. 211–216.

schmerzlichsten erfahren, sich in den instabilsten und ungesichertsten Situationen befinden [...] Wenn die Überwindung der Arbeit eine wirkliche Kulturrevolution bedeutet, zahlen die Schwachen und Enteigneten heute die Zeche. Es ist einigermaßen ungerecht, ihnen zu sagen: ›Habt Geduld, die Arbeit wird bald relativiert und überholt sein. Man wird andere Formen der Identität und Zivilbürgerschaft erfinden‹. Und inzwischen wird die Situation immer schlimmer.«⁵⁵

Auch wendet sich Castel in einer neuen Veröffentlichung dagegen, die »sozial Ausgegrenzten« als faktisch nicht mehr zur Gesellschaft gehörig zu betrachten und damit ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Zu Recht besteht Castel darauf, dass trotz des modischen Trends zur – positiven oder negativen – Mythisierung des bindungslosen Individuums als »freischwebendem Elektron« auch diejenigen Gruppen und Klassen, die einem sozialen Abstieg unterworfen sind, einen Bestandteil der Sozialstruktur bilden und deshalb nicht soziologisch externalisiert werden können. Treffend bringt Castel die Tatsache, dass Prozesse sozialer Desintegration nicht außerhalb der Gesellschaft ablaufen, sondern ein konstitutives Merkmal einer sich entstaatlichenden, die Risiken privatisierenden Gesellschaft sind, mit den beiden folgenden Sätzen auf den Punkt: »Niemand, nicht einmal der ›sozial Ausgegrenzte‹, existiert außerhalb der Gesellschaft. *Die Entkollektivierung selbst ist eine kollektive Situation.*«⁵⁶

Teil II dieses Beitrags mit den Schwerpunkten »Der neue Geist des Kapitalismus« und »Krise der Arbeit« erscheint in Heft 2/2006.

55 Robert Castel, Nicht Exklusion, sondern Desaffiliation. Ein Gespräch mit François Ewald, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 38 (1996), 217, S. 780.

56 Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2005 (frz.2003).